

Deutschland im Morast der Reformunfähigkeit

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 26.4.2003

Es geht ein immenses Unbehagen um in Deutschland: 4,6 Millionen Arbeitslose, seit Jahren ein geringes Wirtschaftswachstum, die Sozialversicherungssysteme vor dem Kollaps, überbordende Bürokratie, steigende Korruption - desolate Befunde, wo man hinblickt. Große Teile der Bevölkerung spüren, daß sich vieles grundlegend ändern müßte, um Deutschland vor dem weiteren Niedergang zu bewahren. Und sie ahnen, daß die deutsche Politik nicht in der Lage ist, die Umkehr zu schaffen.

In der Tat: Die heutige Misere liegt tief in einem langjährigen Versagen der Politik begründet. Nicht nur die gegenwärtige Bundesregierung hat es versäumt, notwendige Weichenstellungen rechtzeitig vorzunehmen. Der heutige Zustand ist das Ergebnis einer parteiübergreifenden Mißachtung der sich seit Jahren vollziehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Überalterung, Globalisierung, Entwicklung zur Wissensgesellschaft haben die Gegebenheiten, unter denen gewirtschaftet wird, so grundlegend verändert, daß die überkommenen wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Strukturen nicht mehr überlebensfähig sind.

Statt hierauf rechtzeitig und angemessen zu reagieren, unternahm die Politik wenig bis gar nichts. Und wenn sie doch einmal aktiv werden wollte, war sie zu schwach, ihre Vorhaben auch konsequent zu verwirklichen. Woran liegt diese zweifache Unfähigkeit?

Zum einen erfordern die gebotenen Reformen mehr Zeit, als in einer Legislaturperiode zur Verfügung steht. Sie überschreiten damit den Zeithorizont von Politikern, denen vorrangig an ihrer Wiederwahl und damit am Erhalt ihrer Macht gelegen ist. Ihr geringes Interesse an grundlegenden Reformen ist daher wenig verwunderlich.

Zum anderen besitzen Interessenverbände einen immensen Einfluß auf die Politik. So ist zum Beispiel am Gezerre von Ärzteschaft, Pharma-Industrie, Apothekerschaft und Gewerkschaften bislang jede grundlegende Reform des Gesundheitswesens gescheitert. Die Unfähigkeit der deutschen Politik zu rechtzeitigen Reformen führt aber nicht nur dazu, daß nichts geschieht. Sie hat eine weitere, noch viel besorgniserregendere Konsequenz: Deutschland ist auf dem besten Wege, sich immer weiter in einem Morast der Reformunfähigkeit zu verstricken, aus dem es kein Zurück gibt. Denn schon seit geraumer Zeit befinden wir uns in einer gefährlichen Abwärtsspirale.

Durch die Untätigkeit der vergangenen Jahre, teilweise Jahrzehnte, haben sich die Probleme immer weiter aufgebaut. Je größer aber die Probleme, desto härter muß der Reformkurs sein, damit das Ruder noch herumgerissen wird. Je härter der Reformkurs, desto größer ist das Risiko für die Politiker, bei den nächsten Wahlen abgewählt zu werden, und desto größer ist der Widerstand der Interessenverbände, die ihre Pfründe bedroht sehen. Folglich sinkt die ohnehin schon unzureichende Bereitschaft und Fähigkeit der Politik zu grundlegenden Reformen noch weiter. Die notwendigen Reformen werden weiter in die Zukunft verschoben. Dadurch werden die Probleme noch größer, der Reformkurs müßte noch härter sein, das Risiko der Abwahl und der Widerstand der Verbände steigen noch weiter an, die Bereitschaft und Fähigkeit der Politik zu Reformen nehmen noch weiter

ab. Die Schere zwischen Notwendigkeit und politischer Fähigkeit zur Erneuerung öffnet sich also immer weiter.

Die zaghaften Reförmchen der Bundesregierung, erst mit den Hartz-Paketen, jetzt mit der hochtrabend so genannten "Agenda 2010", sind ein treffendes Beispiel für die deutsche Reformunfähigkeit. Sie reichen bei weitem nicht aus, um die Misere am deutschen Arbeitsmarkt zu lösen; und dennoch wurden und werden sie im endlosen parteipolitischen Hickhack zerredet, bis eine unausgegrenzte Kompromißlösung alles nur noch schlimmer macht.

Auch der Befund für die Zukunft scheint damit klar: Es werden voraussichtlich auch die kommenden Jahre ins Land gehen, ohne daß sich Grundlegendes tut. Und Deutschland versinkt immer weiter im Morast seiner Reformunfähigkeit - bis es endgültig zu spät ist.

Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik